

IAW Tübingen, 30. März 2016

Nach der Landtagswahl: Prioritäten für die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg

Das Pro-Kopf-Einkommen ist in Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren etwas stärker gewachsen als im Bundesdurchschnitt. Gemessen an der Wirtschaftsleistung und der Beschäftigung ist die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg besser als in den meisten anderen Bundesländern. Diese Position gilt es auch für die Zukunft zu sichern. Auf die Unternehmen und die Beschäftigten kommen technologische Herausforderungen zu, die das Industrieland Baden-Württemberg besonders stark beeinflussen werden. Auf den Exportmärkten bestehen auf kürzere Sicht erhebliche Risiken. Die Betriebe haben schon jetzt Schwierigkeiten, ihren Fachkräftebedarf zu decken, obwohl die wichtigsten Folgen der demografischen Entwicklung noch bevorstehen. Bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es Nachholbedarf.

Die folgenden Handlungsempfehlungen basieren auf Studien, die das IAW und andere wissenschaftliche Institute in den letzten Jahren durchgeführt haben. Sie beschreiben – unter Berücksichtigung der Handlungsspielräume des Landes – wirtschaftspolitische Maßnahmen, die der Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes dienen. Die neue Landesregierung muss auf mehr Feldern tätig werden als den hier beschriebenen, aber wenn hier die Weichen richtig gestellt werden, ist bereits viel gewonnen.

Investitionen, Wachstum und Digitalisierung

1. Insbesondere in den industriellen Branchen Baden-Württembergs, aber auch im Dienstleistungsbereich sind Investitionen Grundlage einer zukunftsfähigen Entwicklung. Nach der Wirtschaftskrise haben zwar viele Unternehmen wieder kräftig investiert. Zwischen den Branchen gibt es jedoch teilweise deutliche Unterschiede. Nimmt man den Fahrzeugbau heraus, investieren die Unternehmen in Baden-Württemberg nicht mehr als im Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaftspolitik sollte durch die Setzung von Rahmenbedingungen in der Infrastruktur- und Forschungspolitik sowie in anderen Bereichen bessere Voraussetzungen für Investitionen schaffen. Wenn sich bestimmte Branchen bei den Investitionen dauerhaft zurückhalten, müssen die Ursachen genau analysiert werden.
2. Die Digitalisierung ist in Baden-Württemberg noch nicht überall im erforderlichen Maß angekommen. Die wichtigsten technologischen Neuerungen entstehen oft im Verbund von Industrie und Dienstleistung oder an den Schnittstellen unterschiedlicher Kompetenzfelder. Ein prominentes Beispiel ist die Verbindung von Informationstechnik und Fahrzeugbau zum autonomen Fahren. Die baden-württembergische Wirtschaft ist bei der Entwicklung digitaler Technologien trotz guter Grundlagen international nicht führend. Auch beim Angebot von digitalen Dienstleistungen spielt Baden-Württemberg keine hervorgehobene Rolle. So weist München zwischen 2000 und 2014 fast viermal so viele Gründungen in der Internetwirtschaft auf wie Stuttgart. Die Rahmenbedingungen und Anreize für die Digitalisierung der Wirtschaft sollten daher verbessert werden. Wirksame Hebel wären die bessere Vermittlung von IT-Kenntnissen, die Förderung des Wissenstransfers sowie die Bereitstellung von Wagniskapital für Gründungen im Bereich der Hochtechnologie.

3. In Baden-Württemberg tätigen die Unternehmen mehr Innovationen als in allen anderen Bundesländern. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) weisen jedoch eine deutlich geringere Investitionsintensität auf und bringen auch relativ zu ihrer Größe weniger Innovationen als Großunternehmen hervor. Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (FuE-Tätigkeit) der KMU wird in Baden-Württemberg gerade im internationalen Vergleich relativ wenig gefördert. Um das Potenzial der KMU besser zu nutzen, sollten mehr Anreize für Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen gesetzt werden. Darüber hinaus sollte sich das Land für die steuerliche Förderung von FuE-Aktivitäten einsetzen. Viele Studien aus anderen Ländern zeigen, dass dies der wirksamste Hebel ist, um mehr Forschung von KMU zu bewirken.
4. Bei den öffentlichen Investitionen besteht erheblicher Nachholbedarf. Dabei sollte der Schwerpunkt auf Investitionen gelegt werden, die wesentlichen Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum haben. Wo angesetzt werden muss, ist bekannt: bei der digitalen Infrastruktur und bei der Vermittlung von Qualifikationen, in der frühkindlichen Erziehung, bei den allgemeinbildenden Schulen sowie bei den Berufs- und Hochschulen.
5. Deutschland nimmt bei der flächendeckenden Verfügbarkeit von schnellen und kostengünstigen Internetverbindungen international betrachtet eine Position ein, die seiner wirtschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit nicht gerecht wird. Das gilt auch für Baden-Württemberg. Eine Verbesserung der Situation verlangt zusätzliche Investitionen in Netzkapazitäten und einen ausreichenden Wettbewerb zwischen den Anbietern. Der Bedarf an Breitbandverbindungen wird künftig weiter wachsen. Daher sollte ein umfassendes wirtschaftspolitisches Konzept erarbeitet werden, das der Notwendigkeit einer ausgewogenen Balance zwischen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und privaten Investoren und Anbietern Rechnung trägt.

Höhere Erwerbsbeteiligung, bessere Qualität der Bildung, Integration

6. Betriebe haben zunehmend Schwierigkeiten, Stellen mit hohem Qualifikationsprofil mit entsprechend qualifizierten Personen zu besetzen. Eine große Mehrheit (85 %) der Betriebe mit demnächst offenen Fachkräftestellen erwartet Probleme bei der Stellenbesetzung. Dieser Anteil hat in den letzten Jahren auch stark zugenommen. Nach aktuellen Zahlen bleiben derzeit rund 15 % des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots unbesetzt. Eine bessere Qualifizierung und eine höhere Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials sind die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ansatzpunkte für eine Lösung dieses Problems.
7. Bei der schulischen und beruflichen Qualifizierung muss die Chancengleichheit verbessert werden. Chancengleichheit ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und steigenden Wohlstand. Deutschland ist insgesamt bei der Erhöhung der sozialen Mobilität in den letzten Jahrzehnten nicht vorangekommen. Die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für von Armut gefährdete Kinder, Ganztagschulen mit preiswertem Mittagstisch und die Förderung von Begegnungszentren sind Beispiele für Maßnahmen, die das Land hier ergreifen kann. Da die vorschulische Bildung den Eltern hohe Kosten aufbürdet, sind Entlastungen in diesem Bereich angezeigt. Durch die Fortsetzung und Verstetigung des baden-württembergischen Armuts- und Reichtumsberichts sollten die Fortschritte und verbleibenden Mängel in diesen Bereichen erfasst werden.
8. Eine gute Berufsausbildung ist eine wichtige Basis in vielen Wirtschaftszweigen, die vor allem in Baden-Württemberg eine große Bedeutung haben – unter anderem in der Industrie und im Handwerk. Sie spielt somit auch in den KMU eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Bedeutung von akademischen Qualifikationen – auch in der öffentlichen

Wahrnehmung – gerät die berufliche Bildung bezüglich ihrer Wertschätzung und Beliebtheit häufig ins Hintertreffen, was ihrer tatsächlichen Bedeutung für die Betriebe aber nicht entspricht. Die Aktualisierung von Ausbildungsinhalten und die Verbesserung der Unterstützung bei der Berufswahl sollten die Jugendlichen besser in die Lage versetzen, die jeweils beste Entscheidung für ihren Lebensweg zu treffen. Die Durchlässigkeit der Bildungsgänge sollte weiter erhöht werden.

9. Von größter Bedeutung ist, dass die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt im Umfang zunimmt. Der Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung in Baden-Württemberg steigt zwar kontinuierlich an, hat aber noch nicht den gesamtdeutschen Wert erreicht. Zudem arbeiten nur relativ wenige Frauen in Vollzeittätigkeiten. Deshalb sollte die Landesregierung einen besonderen Akzent auf die Förderung von ganztägiger Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Schule legen. Baden-Württemberg liegt bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege mit einer Quote von 28 % immer noch weit unter dem Bundesdurchschnitt von 33 %. Bei der Betreuung müssen hohe Qualitätsstandards gelten. Ferner muss der berufliche Wiedereinstieg nach der Geburt von Kindern erleichtert werden.
10. Auch bei der Zuwanderung müssen die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Die Förderung beruflicher Qualifikationen ist die Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt. Das berufliche Ausbildungssystem muss daher für zuwandernde Personen geöffnet werden. Unter anderem müssen die Berufsschulen in die Lage versetzt werden, besser auf Auszubildende mit sprachlichen und qualifikatorischen Defiziten einzugehen. Begleitend dazu sollte den Zuwanderern wirkungsvolle Orientierung geboten werden. Auch Zuwandernde in fortgeschrittenem Alter brauchen eine intensive Beratung und Betreuung. Die vorliegende empirische Evidenz lässt den Schluss zu, dass die hierzu mobilisierten Ressourcen sich langfristig durch höheres Wachstum bezahlt machen.

Eine offene Wirtschaft

11. Die Landesregierung sollte sich weiterhin für den Abschluss einer dem Wohlstand im Land dienlichen Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA (TTIP) einsetzen und zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Viele Ängste und Sorgen sind bei genauerem Hinsehen nicht stichhaltig. So befürchten z.B. viele Bürgerinnen und Bürger, dass die TTIP zu einer erzwungenen, weitgehenden Privatisierung öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge führen wird. Dies ist jedoch mitnichten zwingendes Element eines gut verhandelten Freihandelsabkommens. Durch entsprechende Verhandlungsführung und glaubwürdige Information können derartige Ängste vermieden und die Grundlagen für ein wechselseitig vorteilhaftes Abkommen geschaffen werden.
12. Baden-Württemberg ist über den internationalen Handel stark mit der Weltwirtschaft verbunden; bei grenzüberschreitenden Direktinvestitionen gilt dies jedoch weitaus weniger. In Baden-Württemberg ist relativ wenig ausländisches Kapital investiert. Die Ursachen hiervon bedürfen noch genauerer Analyse. Wissenschaftliche Studien zeigen in der Regel einen positiven Zusammenhang zwischen ausländischen Direktinvestitionen und der Produktivität der Unternehmen des Gastlandes auf. Ferner helfen ausländische Beteiligungen bei der Zugang zu Exportmärkten in Drittländern. Durch die Bereitstellung von Informationen für potenzielle Investoren und durch die administrative Unterstützung des Niederlassungsprozesses kann das Land eine aktivere Rolle bei der Gewinnung ausländischer Investitionen übernehmen.

Über das IAW

Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (IAW) ist ein unabhängiges Forschungsinstitut an der Universität Tübingen. Die Tätigkeit des IAW gliedert sich in drei Forschungsschwerpunkte, zwischen denen enge thematische Bezüge bestehen:

- Internationale Integration und regionale Entwicklung
- Arbeitsmärkte und soziale Sicherung
- Unternehmensdynamik und Strukturwandel.

Die Analyse regionaler wirtschaftlicher Entwicklungen in Baden-Württemberg stellt daher ein übergreifendes Forschungsinteresse in sämtlichen Forschungsschwerpunkten des IAW dar.

Kontakt:

Prof. Dr. Bernhard Boockmann
Tel. 07071 9896-20
bernhard.boockmann@iaw.edu

Prof. Dr. Wilhelm Kohler
Tel. 07071 9896-11
wilhelm.kohler@iaw.edu

Neuere Studien des IAW zur Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg (Auswahl):

- Andreas Koch, Raimund Krumm, Bettina Seibold, Jürgen Dispan (2015): Strukturbericht Region Stuttgart 2015: Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung, Schwerpunkt: Investitionen, Stuttgart/Tübingen.
- Andrea Kirchmann, Rolf Kleimann, Christin Schafstädt (2015): Das Ausgabeverhalten von Familien und die subjektive Lage materiell armer Kinder in Baden-Württemberg. IAW Policy Report Nr. 14.
- Raimund Krumm, Bernhard Boockmann, Charlotte Klempt, Sebastian Nielen (2015): Leidet der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg an einer Investitionsschwäche? Abschlussbericht an das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg.
- Andreas Koch (2015): Familienunternehmen in Gefahr? – Das Nachfolgegeschehen in der Region Stuttgart. IHK Region Stuttgart.
- Günther Klee, Charlotte Klempt (2015): Sicherung des Fachkräftebedarfs 2014. Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg. IAW-Kurzbericht 1/2015.
- Bernhard Boockmann, Tobias Brändle, Günther Klee, Charlotte Klempt, Sebastian Nielen, Johannes Thienel (2014): Nutzung atypischer Beschäftigungsformen in Baden-Württemberg. Abschlussbericht an das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg.
- Raimund Krumm, Jochen Späth (2014): Wachstumspotenziale und ökonomische Performance des baden-württembergischen Dienstleistungssektors – eine Analyse auf der Basis von Mikrodaten. IAW Policy Report Nr. 12.
- Bernhard Boockmann, Sebastian Nielen, Hans Verbeek, Carina Dengler, Katja Seidel - (2014): Ursachen für die vorzeitige Auflösung von Ausbildungsverträgen in Baden-Württemberg. Wissenschaftliche Studie finanziert vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, aus Mitteln der Zukunftsoffensive III der Baden-Württemberg Stiftung.

Alle Studien stehen im Internet unter www.iaw.edu zur Verfügung.